



Der bilaterale Weg zwischen der Schweiz und der EU war der Ausweg aus der europapolitischen Sackgasse. Er hat in der Sackgasse geendet.

BILD KEY

# Die Optionen mit der EU rehabilitieren

Die schweizerische Europapolitik ist orientierungslos geworden. Die Aussenpolitik hat die strategischen Optionen verloren. Regierung, Parlament und Bevölkerung sind gut beraten, wenn sie sich von ihrer Fixierung auf den Bilateralismus lösen.

Hans-Jürg Fehr

Der bilaterale Weg war der Ausweg aus der europapolitischen Sackgasse, in die die Schweiz nach dem überaus knappen Nein zum EWR 1991 geraten war. Er entwickelte sich zum Erfolgspfad. In den ersten 15 Jahren wenigstens. Danach bekam der «Königsweg» zunehmend Schlaglöcher und wurde derart mit Hindernissen möbliert, dass er derzeit nicht mehr begehbar ist. Der Ausweg aus der Sackgasse hat in der Sackgasse geendet.

Natürlich war es ein grober Fehler des Bundesrates, die Verhandlungen mit der EU abzubrechen. So etwas tut man nicht unter «best friends». Schon gar nicht, wenn man gar keine Alternative zur Verfügung hat. Wer – wie inzwischen fast alle in der Schweiz – die Beziehungen zur EU weiterhin in Form von bilateralen Verträgen gestalten will, kommt gar nicht um ein Rahmenabkommen herum. Es muss die zwei zentralen und offenen Fragen beantwortet werden: Wie werden die bestehenden Verträge aktualisiert und wie wird auf rechtsstaatlich saubere Art und Weise über Streitfälle entschieden? Ohne Antworten darauf wird das bestehende Vertragswerk fortlaufend entwertet. Der Schweiz erwachsen daraus Nachteile, die bereits deutlich spürbar sind zum Beispiel in der Forschung

**«Eine strategisch angelegte Aussenpolitik darf sich nicht nur mit dem Wahrscheinlichen befassen, sondern muss auch das Mögliche mitbedenken.»**

oder Medizintechnik. Es wird auch keine Ausweitung auf neue Bereiche mehr geben, obwohl sich die Schweiz das wünscht (Strom, Chemikalien oder Verteidigungsagentur). Vielleicht wird es überhaupt keine neuen bilateralen Verträge mehr

geben, weil die EU keine mehr will. Sie hat diese Form von Beziehung nie sonderlich geliebt und wird sie nach der Desavouierung durch die Erfinderin garantiert noch weniger mögen. Aber selbst wenn das nicht die wahrscheinliche Position der EU ist, so ist es doch eine mögliche. Und eine strategisch angelegte Aussenpolitik darf sich nicht nur mit dem Wahrscheinlichen befassen, sondern muss auch das Mögliche mitbedenken. Was würde das bedeuten?

## Wir waren schon mal weiter

Die vom Bundesrat herbeigeführte Verhandlungspause sollte nicht auch eine Denkpause sein, sondern im Gegenteil dazu genutzt werden, die strategische Vielfalt wieder herzustellen. Die Alternativen zum Bilateralismus sieht man im Rückspiegel. Drei Optionen waren schon einmal im Spiel: der Beitritt zur EU, der Beitritt zum EWR und der Exit. Exit hiesse Aufkündigung der bilateralen Verträge und Rückkehr zum Freihandelsabkommen als einzig verbleibende vertragliche Beziehung. Die Exit-Strategie wird derzeit von jenen Vertretern des Finanzplatzes lautstark gefordert, denen jede internationale Regulierung ein Graus ist.

Den Beitritt zum EWR hat das Schweizer Stimmvolk vor 30 Jahren zwar abgelehnt, aber damit ist er trotzdem nicht für immer und ewig vom Tisch. In der Schweiz ist schon manches an der Urne gescheitert, das später mehrheitsfähig wurde, zum Beispiel die AHV, das Frauenstimmrecht, die Mutterschaftsversicherung oder der UNO-Beitritt.

Der Beitritt zur EU stand vor 20 Jahren noch als Ziel in den Programmen von drei der vier Bundesratsparteien. Er war eine strategische Option des Bundesrates. Das Beitrittsgesuch unserer Landesregierung lag bei der EU-Kommission in Brüssel. Damals wussten die massgebenden politischen Kräfte, warum sie für den Beitritt waren, heute wissen sie nicht einmal mehr, warum sie dagegen sind. Sie sind da-

gegen, weil er ihnen als nicht mehrheitsfähig erscheint. Das ist Windfahnenpolitik. Opportunismus schliesst aber strategisches Denken aus. Auf diesem Feld steht die Schweiz heute. Sie muss es dringend verlassen. Was nützt, ist die inhaltliche Rehabilitierung der strategischen Varianten. Sie sollen – wie der Bilateralismus – auf den Prüfstand gestellt werden: Was wären die Vorteile, was die Nachteile? Das kann, nein, das muss Sektor für Sektor aufgelistet, bilanziert und einander gegenübergestellt werden. Nur so können wir herausfinden, was für die Schweiz der beste Weg ist.

## Nur verlieren oder auch gewinnen?

«Souveränität» steht gegenwärtig stark im Zentrum der europapolitischen Diskussion und wird als nationale Selbstbestimmung verstanden. Entgegen einer weitverbreiteten Meinung ist jedoch auch der bilaterale Weg mit Souveränitätsverlusten verbunden: Vertrag für Vertrag übernahm die Schweiz europäisches Recht, zu dessen Zustandekommen sie nichts beigetragen hatte. Dazu sagt man Fremdbestimmung. Oder mit den Worten eines früheren EU-Botschafters in der Schweiz: «If you are not sitting at the table you are on the menu», wenn Sie nicht am Tisch sitzen, stehen Sie auf der Speisekarte. Angesichts der Fülle des bisher von der Schweiz übernommenen europäischen Rechts, geht diese Fremdbestimmung viel weiter, als viele wahrhaben wollen.

Das würde besonders für den Beitritt zum EWR gelten. Norwegen als Mitgliedsland hat die Bilanz schon öfters gezogen, und die fällt deutlich aus: wirtschaftlich ein Erfolg, demokratiepolitisch eine Katastrophe. Dies, weil EWR-Mitglieder nicht am Tisch sitzen, wenn Entscheidungen getroffen werden. Trotzdem sind sie verpflichtet, sie automatisch in ihr Landesrecht zu übernehmen.

Auch der Beitritt zur EU wäre mit erheblichen Souveränitätsverlusten verbunden,

aber ihnen stünde – anders als beim EWR und Bilateralismus – der markante Souveränitätsgewinn der Vollmitgliedschaft gegenüber. Wer das gering schätzt oder

**«Die EU ist nicht das einzige Machtzentrum, dessen Entscheiden sich die Schweiz gelegentlich fügen muss.»**

kleinredet achtet wohl auch die Mitbestimmung der Kantone innerhalb des schweizerischen Bundesstaates kaum. Wobei den Mitgliedsländern der EU wegen des für wichtige Entscheide geforderten Einstimmigkeitsprinzips sogar noch mehr Einfluss zusteht als unseren Kantonen.

Selbst die Exit-Strategie wäre mit Souveränitätsverlusten verbunden, wenn auch nicht an Brüssel. Die EU ist nicht das einzige internationale Machtzentrum, dessen Entscheiden sich die Schweiz gelegentlich fügen muss. Das Bankgeheimnis wurde aufgegeben, weil die OECD sie dazu zwang. Ebenfalls die OECD wird die Schweiz demnächst dazu zwingen, einen Mindeststeuersatz für internationale Konzerne zu übernehmen. Und wenn die öffentliche Hand in der Schweiz Aufträge grösseren Ausmasses ausschreibt, muss sie Regeln befolgen, die nicht von den eidgenössischen Räten stammen, sondern von der Welthandelsorganisation WTO. Nicht zu reden von dem, was die USA schon alles durchgesetzt hat in der Schweiz zum Beispiel bei Sanktionen gegenüber Drittstaaten oder bei den Finanzplatzregulierungen.

Kein Land ist von A bis Z national selbstbestimmt. Schon gar nicht eines, das wirtschaftlich derart globalisiert ist wie die Schweiz. Souveränitätsverluste sind der politische Preis der Globalisierung. Es fragt sich nur, ob man Selbstbestimmung durch Fremdbestimmung ersetzen will oder durch Mitbestimmung. Die Antwort liegt auf der Hand.



## Zur Person

**Hans-Jürg Fehr** ist Historiker. Er war unter anderem von 1999 bis 2013 SP-Nationalrat und von 2004 bis 2008 Präsident der SP Schweiz. Fehr ist verheiratet und wohnt in Schaffhausen.